

Weber, Adolf

Article

Landwirtschaft und Volkswirtschaft

Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Weber, Adolf (1957) : Landwirtschaft und Volkswirtschaft, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, ISSN 1619-6244, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 77, Iss. 3, pp. 1-13,
<https://doi.org/10.3790/schm.77.3.1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/290874>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Landwirtschaft und Volkswirtschaft*

Von

A d o l f W e b e r - M ü n c h e n

Die Volkswirtschaft ist das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, die aufeinander angewiesen und durch regelmäßigen Tausch, der am Markte erfolgt, miteinander verbunden sind. Eine gesunde Landwirtschaft setzt daher eine gesunde Volkswirtschaft und eine gesunde Volkswirtschaft eine gesunde Weltwirtschaft voraus. Von dieser Überzeugung ausgehend faßten der Verein für Sozialpolitik und die Vereinigung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Hochschullehrer im Jahre 1924 folgenden gemeinsamen Beschluß:

Die Vertreter der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften machen mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß Deutschland unter den heutigen Verhältnissen gezwungen ist, namentlich auch zwecks Rationalisierung seiner Landwirtschaft und seiner Industrie, sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Güteraustausches zu eigen zu machen. Sie vermögen daher Agrarzölle und Industriezölle nur insoweit zu billigen, wie sie ein unentbehrliches und erfolgversprechendes Mittel sind für eine freiheitlichere Gestaltung des internationalen Güteraustausches. Eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist im Deutschland der Gegenwart besonders bedenklich. Der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft muß mit geeigneten Mitteln entgegengewirkt werden. Durch bloße Fortsetzung des vorkriegszeitlichen Zollschutzes würde sie nicht entscheidend verbessert, eher verschlechtert werden.

Die Resolution wurde in Stuttgart einstimmig angenommen. Es setzten sich dafür auch Gelehrte ein, die um die Jahrhundertwende mit besonderer Entschiedenheit für Agrarzölle eingetreten waren, so Max Sering und Ludwig Pohle. Angesichts der Bedeutung des einheitlichen Beschlusses hat der Verein für Sozialpolitik im Einvernehmen mit der Vereinigung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Hochschullehrer veranlaßt, was in seiner mehr als 80jährigen Geschichte nur dieses eine Mal geschah, durch eine Umfrage an sämtliche Hochschullehrer der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Deutschland die Gesamtmeinung der Wissenschaft zu ermitteln. Über 90 % der Hochschullehrer bejahten die Resolution. Freilich waren wir damals hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Volks- und

* Rede, gehalten am 14. Februar 1957 vor der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Bonn aus Anlaß der Ehrenpromotion.

Weltwirtschaft vielleicht etwas zu optimistisch eingestellt. Mehr und mehr war der Reparationsunsinn als solcher erkannt worden. Die ersten Schritte wurden unternommen, um die internationale Arbeitsteilung auf der Grundlage der Goldwährung wieder einzuführen. Die sozialökonomischen Lehren des Karl Marx wurden durch die Tatsachen aufs gründlichste widerlegt. Die Führer der Gewerkschaften hatten eingesehen, daß die Kaufkrafttheorie, wonach steigende Löhne an sich schon Hebung des nationalen Wohlstandes bedeuteten, irrig sei. Leider zeigte sich dann in den folgenden Jahren, daß wir zu früh triumphiert hatten. Leichten Sinnes setzten sich die Sonderinteressen der Nationen und der Gruppenegoismus der Interessenten über die wohlverstandenen Gesamtinteressen hinweg. Man übersah, daß die furchtbaren Zerstörungen des ersten Weltkrieges nicht im Handumdrehen in wenigen Jahren beseitigt werden konnten. Man lebte über die Verhältnisse. Das Ende war die große Weltwirtschaftskrise anfangs der 30er Jahre. Die Stuttgarter Resolution blieb eine Warnung ohne Nachhall.

Ich möchte jedoch nicht weiter historische Erinnerungen und Erfahrungen wachrufen, sondern über die heutige Landwirtschaft in der heutigen Welt- und Volkswirtschaft einiges sagen. Wir wollen weder Optimisten noch Pessimisten sein, sondern die Verhältnisse unbefangen betrachten. Ich fürchte allerdings, daß wir dabei zu Überlegungen kommen, die deutlich machen, daß wir und die ganze freie Welt vor großen sozialökonomischen Sorgen stehen. Dabei ist es freilich ein gewichtiger Trost, daß aus verschiedenen Gründen die Wirtschaft der Sowjetunion in noch schlimmerer Verfassung ist.

Das reichste und allem Anschein nach wirtschaftlich gesichertste Land in der freien Welt sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Nun kommen aber gerade von dort her Stimmen von hervorragenden Sachkundigen, die nicht überhört werden dürfen. In der vorigen Woche hat der ehemalige Präsident Hoover, der den Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft Ende der 20er Jahre als Präsident erlebte und gründlicher als irgend ein anderer der lebenden Staatsmänner Ursachen und Folgen der wirtschaftlichen Katastrophe sich klarmachen mußte, dessen sachliches Urteil allgemein anerkannt wird, dieser Präsident hat vor der breiten Öffentlichkeit mit dem größten Nachdruck betont, daß dann, wenn nicht schleunigst der schleichenden Inflation in USA ein Ende gemacht werde, eine neue, nicht minder ernste Krise wie Anfang der 30er Jahre unvermeidbar sei. Die Inflation hat aber auch in den Vereinigten Staaten wie in fast allen Ländern der freien Welt einen Automatismus in Bewegung gesetzt, der nur noch, wenn überhaupt, mit schweren Opfern wieder zur Ruhe gebracht werden kann. Auch Präsident Eisenhower hat seine Bedenken geäußert, was noch schlimmer ist, er drohte

mit Preiskontrollen und dirigistischen Maßnahmen, was auf eine verdeckte Inflation hinausläuft, die wir vor dem Juni 1948 erlebten, wobei sich herausstellte, daß diese Form der Inflation im Grunde genommen noch verhängnisvoller war als die offene Inflation Anfang der 20er Jahre, an deren Schrecken wir uns noch lebhaft erinnern. Der Präsident der Bank deutscher Länder, Geheimrat Vocke, hat aber auch für Deutschland in diesen Tagen eine überaus ernste Warnung ausgesprochen. Der Kapitalmarkt sei in Deutschland zusammengebrochen. Der Kapitalmarkt ist aber das Herzstück der Volkswirtschaft, und ein Herzkollaps ist für die Volkswirtschaft ähnlich gefahrdrohend wie ein Herzkollaps im menschlichen Körper. Selbst zu 12 % sind erste Hypotheken nicht mehr zu haben. Die Pfandbriefkurse fallen tiefer und tiefer. Es scheint fast, als ob der Pfandbrief, das wichtigste und wertvollste Instrument des Kapitalmarkts, seine Bedeutung für langfristige Finanzierung für lange Zeit verloren hat. Der Knappheit des Angebots an langfristigem Risikokapital steht nun aber ein gewaltiger Bedarf gegenüber. Die Überzeugung hat sich allenthalben durchgesetzt, daß der Knappheit am Kapitalmarkt nicht erfolgreich entgegengewirkt werden kann mit finanzpolitischen oder monetären Maßnahmen. Von zwei Seiten droht uns also Gefahr: von der inflationistischen Preissteigerung und der damit notwendig verbundenen Disproportionalität der Produktion und von dem Versagen des Kapitalmarkts. Die daraus sich ergebenden sehr ernst zu nehmenden Gefahren sind um so größer, weil fast sämtliche Länder der freien Welt dieselben und allem Anschein nach zunehmende Sorgen haben.

Wo liegen die Ursachen, daß der scheinbar glänzende Fortschritt von einer besorgniserregenden Desorganisation und Stockung abgelöst wird? Ich möchte auf drei verhängnisvolle Irrtümer hinweisen: 1. Überschätzung der materiellen Technik und Unterschätzung der geistigen Technik, das heißt der Forschung, Bildung und Ausbildung; 2. Zurückdrängung der individuellen Verantwortung und der Selbstinitiatave durch die Funktionäre der Parteien und der Organisationen; 3. Verwechslung von Geld und Kapital, wobei wir uns klarmachen müssen, daß Kapital in volkswirtschaftlichem Sinne nur geschaffen werden kann durch rationelles Arbeiten und rationellen Verzicht. Kapital ist Konsumaufschub, der es ermöglicht, daß vorgetane Arbeit in den Dienst des volkswirtschaftlichen Fortschritts gestellt wird. Es ist Rationalisierung des Gegenwartsbedarfs im Interesse des Zukunftsbedarfs, um dadurch Kräfte frei zu machen für den riskanten und langwierigen Produktionsprozeß.

Diese drei Irrtümer bedürfen in ihrer Bedeutung für die Agrarpolitik einiger Erläuterungen. In dem soeben erschienenen letzten Heft der „Berichte über Landwirtschaft“ veröffentlichten Strich-

Weipert einen Aufsatz über die Eingliederung der Landwirtschaft in die Marktwirtschaft. Unter dem Eindruck der neuesten technischen Fortschritte und der zunehmenden Automatisierung insbesondere werfen die Verfasser „bei aller Vorsicht“ einen Blick in die Zukunft und meinen:

Die Tendenz, daß die Produktivitätssteigerung im industriellen Sektor rascher vor sich geht als im agrarischen Bereich, wird sich künftig noch verstärken. Die Kluft zwischen Landwirtschaft und Industrie wird sich — auch wenn in der Landwirtschaft alle Möglichkeiten der Rationalisierung und Technisierung ausgeschöpft werden — noch vergrößern . . . Das Lohngefälle zwischen Industrie und Landwirtschaft wird infolgedessen gleichfalls zunehmende Tendenz aufweisen. Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft bei der Beschaffung von Arbeitskräften werden sich demnach noch erhöhen.

Und auf der letzten Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft meinte ein Referent: „Auf die Dauer werden sich die Agrarpreise nach den Kosten des vollmechanisierten Betriebes richten.“ Hier liegt ein Irrtum vor, der sich auch sonst, z. B. in der Gewerkschaftsbewegung, verhängnisvoll auswirkt. Es wird technische Produktivität pro Arbeitsstunde mit der volkswirtschaftlichen Produktivität verwechselt. Von Steigerungen der volkswirtschaftlichen Produktivität können wir nur sprechen, wenn die drei Produktionskräfte menschliche Wirksamkeiten (Arbeit), Bodenkraft bzw. Bodensubstanz und Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne in vermehrtem Umfang und in verbesserter Kombination in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden. Wenn die Gewerkschaften höhere Löhne erzwingen und dadurch den Arbeitgeber veranlassen, eine vor der Lohnsteigerung zu teure technische Apparatur einzuführen, dann wird lediglich ein Produktionselement durch ein anderes ersetzt. Das würde normalerweise durch Freisetzung von Arbeitern zur Arbeitslosigkeit führen. Vorübergehend kann dies durch inflationistische Preissteigerungen aufgehoben, aber nicht aufgehoben werden. Soll ein Wohlstand für alle gesichert bleiben, dann nützt die bloße technische Produktivität wenig, es kommt auf die volkswirtschaftliche Produktivität an.

Die sogenannte industrielle Revolution seit Ende des 18. Jahrhunderts war in erster Linie ja nicht die Folge davon, daß damals große technische Erfindungen gemacht wurden, sondern davon, daß die sozialökonomischen Voraussetzungen für die erfolgreiche Eingliederung der neuen Technik in die Volkswirtschaft geschaffen wurden. Arbeitskräfte wurden frei, die Freizügigkeit erlaubte es, bei zunehmender Bevölkerungszahl, daß genügend Arbeitskraft für die Ausnützung der neuen technischen Einrichtungen zur Verfügung stand. Wichtiger vielleicht noch war, daß der Erfinder nicht, wie vielfach im Mittelalter, bestraft wurde, weil er die hergebrachte Kontinuität störte, sondern belohnt wurde, gestützt auf das Patentrecht, das zu-

erst in England eingeführt wurde. Insofern war das Jahr 1625, als das englische Patentgesetz erlassen wurde, für die industrielle Revolution mindestens ebenso wichtig wie die Erfindung der Dampfmaschine im Jahre 1782. Die Unternehmer konnten dank der neuen freiheitlichen Gesetzgebung von der Produktivität der Freiheit Gebrauch machen. Was besonders wichtig war, die arbeitenden Menschen begnügten sich bis weit in das 19. Jahrhundert hinein mit einem Hungerlohn, was damals Karl Marx Anlaß gab zu einer sehr berechtigten Kritik. Aber die Konsumeinschränkung war die Voraussetzung für die Kapitalbildung, die erforderlich war und ist, wenn die technischen Fortschritte mehr sein sollen als Utopien à la Jules Verne.

Jüngst beschäftigte sich das Institut für kontinentale Forschung in München in einem Kreise namhafter Techniker und Volkswirtschaftler mit der Frage, was zu halten sei von der neuzeitlichen Automation in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung. Wir kamen dabei zum Ergebnis, daß die Automation und die Verwendung der Atomenergie zwar äußerst wichtige Forschungsobjekte seien, daß sie aber angesichts der gegebenen volks- und weltwirtschaftlichen Möglichkeiten für die Praxis vorerst keine entscheidende Bedeutung haben könnten und haben dürften, weil drei wichtige Voraussetzungen nicht gegeben sind:

1. Bereitstellung des gewaltigen z u s ä t z l i c h e n Kapitals. Wir rechnen im groben Durchschnitt, daß normalerweise in der Industrie für die Beschaffung eines weiteren Arbeitsplatzes rund 16 000 Goldmark erforderlich sind. Für einen vollautomatisierten Betrieb erfordert ein Arbeitsplatz hingegen 80 000 bis 200 000 Dollar, und das in einer Zeit, wo die Länder der freien Welt, Deutschland allen voran, über zunehmenden Kapitalmangel klagen. Wesentlich ist das eine Folge davon, daß wir schon zur Zeit nicht bloß über unsere Verhältnisse leben, sondern auch darüber hinaus technisieren und bauen. Zu beachten ist auch, daß angesichts der schon aus militärischen Gründen rasch fortschreitenden technischen Neuerung und der langen Bau- und Reifezeit der modernen technischen Apparatur gar nicht so selten die kostspielige neue Apparatur schon zur Verschrottung reif wird, ehe sie in Betrieb genommen werden kann.

2. Dazu kommt, daß Aufbau, Einrichtung und Anwendung der gigantischen neuen Schöpfungen ungewöhnlich tüchtige, von höchstem Verantwortungsbewußtsein getragene Persönlichkeiten verlangt. Derartige Persönlichkeiten fehlen uns schon jetzt. Es genügt dazu nicht, daß wir Zehntausende Ingenieure heranbilden. An der Spitze fehlen allenthalben die Leute, die dahin gehören. Spengler stellte schon lange vor der neuesten technischen Entwicklung fest, daß „die großartige technische Entwicklung des 19. Jahrhunderts nur auf Grund

der beständig steigenden volkswirtschaftlichen Intelligenz möglich ist“, und fügt hinzu, „nicht Abnahme, sondern Stillstand ist gefährlich“. Der Stillstand ist aber nach allgemeinem Urteil nicht bloß da, sondern eine absinkende Tendenz scheint festzustehen, zum Teil allerdings eine Folge der Vernachlässigung der geistigen Technik, wobei insbesondere hingewiesen werden muß auf das Versagen der sämtlichen Schulen, von den unteren Schulen angefangen zu den Mittelschulen bis zu den Hochschulen, weil die erforderlichen materiellen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden.

3. Die ungemein kostspieligen, neuen technischen Wunder haben, wenn sie volks- und weltwirtschaftlich den erforderlichen Nutzen bringen sollen, einen breiten und gesicherten Absatz notwendig. Dazu genügt nicht ein europäischer Markt, der auch noch in weiter Ferne liegt, sondern eine Weltwirtschaft ist erforderlich, mindestens in dem Maße, wie wir sie vor dem ersten Weltkrieg besaßen. Wir hören in diesen Tagen so viel von den Fortschritten in der Verwirklichung der Idee des Gemeinsamen Marktes für einen Teil Europas. Aber immer wieder stellt sich heraus, daß noch so schöne diesbezügliche Ideen, auch im engen Rahmen einer europäischen Integration, scheitern an egoistischen Sonderinteressen der Gruppen, die die Mehrheit in den Parlamenten zu beeinflussen in der Lage sind.

Liegen die Dinge aber so, dann braucht unsere Landwirtschaft die neuen technischen Wunder, die für die Industrie, wenn überhaupt, erst in weiter Zukunft greifbar werden, nicht zu fürchten. Eher ist zu fürchten, daß auch die Landwirtschaft der allgemeinen Schwärmerei für technische Fortschritte mehr Opfer bringt, als gut und notwendig ist. Diese Technisierung hat insbesondere in den letzten Jahren Anlaß gegeben, daß mit Hilfe des Kredits, und zwar mit Hilfe kurzfristigen Kredits, hochverzinsliche Schulden gemacht wurden. Beim Beginn unseres Wiederaufbaus schätzte man die Gesamtaufnahmefähigkeit der deutschen Landwirtschaft auf 200 000 Schlepper. Jetzt sind aber schon mehr als 500 000 Schlepper vorhanden. Die Gefahr ist nicht gering, daß so manche von diesen Schleppern angesichts der zunehmenden Kreditschwierigkeiten früher oder später meistbietend gegen gleich bare Zahlung veräußert werden müssen.

Wenn ich unter den grundlegenden Fehlern auch die Organisationen nenne, so meine ich selbstverständlich nicht die Organisationen, die nichts anderes sind als eine Erleichterung des bäuerlichen Betriebes, Hilfseinrichtungen für die Betriebsleiter. Ich habe die Organisationen im Sinne, die die individuelle Verantwortung ersetzen durch die Verantwortungslosigkeit der Funktionäre. Dabei ist zu beachten, daß mit zunehmender Größe der Organisationen der Einfluß der kleinen Funktionäre noch wächst, der Leute, die von dem Gedanken aus-

gehen, daß sie als Führer der Massen den Massenstimmungen folgen müssen, um wiedergewählt zu werden. Sicher ist jedenfalls, daß die hier gemeinten Organisationen die Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft nicht stärken, sondern schwächen. Das ist ein Grund dafür, daß ich die in neuester Zeit so stark in den Vordergrund getretenen Disparitätsberechnungen mit Mißtrauen betrachte. Sie tragen dem Umstand nicht Rechnung, daß das bäuerliche Eigentum und das bäuerliche Einkommen nicht mit dem Arbeitseinkommen oder gar mit dem Arbeitslohn der Industriearbeiter auf eine Stufe gestellt werden kann. Insbesondere ist zu fürchten, daß eine Garantierung der Parität weder der Landwirtschaft noch der Volkswirtschaft zuträglich ist. Der Unterschied zwischen nachhaltigem realen Arbeitseinkommen in der Landwirtschaft und in der Industrie wird immer von neuem unlösbare Schwierigkeiten bieten, vollends angesichts der derzeitigen „Dynamisierungs“-gefahren. Auch sollte nicht vergessen werden, daß in Zeiten ernster Krisen und großer Arbeitslosigkeit das Unbehagliche des Vergleichs den nichtlandwirtschaftlichen Einkommensbeziehern mehr Anlaß gibt zu Klagen als der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Wir haben nicht den geringsten Grund, annehmen zu dürfen, daß die industrielle Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehört. Die Theorie von der ewigen Prosperität ist und bleibt eine Utopie. Auf keinen Fall wird es leicht sein, das Paritätsprinzip, das natürlich einen richtigen Kern enthält, so zu interpretieren, daß es nicht zum Tummelplatz wird von Auseinandersetzungen der Funktionäre und der Demagogen, die weder den Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie mildern noch die Freude an der Selbsthilfe fördern.

Der dritte von mir erwähnte grundlegende Irrtum, der sich für die Volkswirtschaft und die Landwirtschaft in der Gegenwart besonders fatal auswirkt, ist die Unklarheit, die sich mit dem Begriff volkswirtschaftliches Kapital, dem dritten der drei Produktionselemente, verbindet. Nicht zuletzt ist diese Unklarheit eine Folge davon, daß man übersieht, daß die Volkswirtschaft nicht die Summe von Einzelwirtschaften ist oder einzelner Berufsgruppen, sondern das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften, die aufeinander angewiesen sind. Dieses Ineinandergreifen kann nicht so behandelt und in Ordnung gebracht werden, wie das im einzelnen Betrieb auf Grund der Rentabilität möglich ist. Friedrich List hat einmal gesagt: „In der Volkswirtschaft kann Weisheit sein, was in der Privatökonomie Torheit wäre und umgekehrt, aus dem einfachen Grunde, weil ein Schneider keine Nation und eine Nation kein Schneider ist.“

Wir haben zwei wirtschaftlich und politisch äußerst verhängnisvolle Inflationen hinter uns. Verschieden waren sie in ihrer äußeren Konstruktion, aber einheitlich in ihrer katastrophalen Wirkung. Dabei

war die verdeckte Inflation während und nach dem zweiten Weltkrieg noch gefährlicher als die offene Inflation, nicht zuletzt deshalb, weil sie durch eine optische Täuschung den volkswirtschaftlichen Schwindel sozial und ökonomisch verdeckte und seine Auswirkungen dadurch nur noch schlimmer machte. Privatwirtschaftlich dreht sich alles um das Geld. Steigerung des Geldeinkommens, Steigerung des in Geldeinheiten ausgedrückten Sozialprodukts scheint der Gipfel der materiellen Glückseligkeit zu sein. Aber auf dem Gipfel angekommen, merkt man, daß man auf einem Vulkan steht, der jeden Augenblick seine zerstörende Wirkung ausüben kann. Ich fürchte, daß dies die Situation ist, in der sich zur Zeit die freie Welt befindet. Abermals vergessen wir wie nach dem ersten Weltkrieg, daß die Störungen und Zerstörungen des furchtbarsten Krieges, den die Weltgeschichte kennt, nicht in einem einzigen Menschenalter und erst recht nicht in wenigen Jahren wieder gutgemacht werden können. Die Länder der freien Welt bemühen sich um eine Aufrüstung, wie sie noch niemals da war. Sie wollen einen Wohlfahrtsstaat errichten, der in der Geschichte auch entfernt keinen Vergleich findet. Unsere Städte sind aufgebaut, schöner als sie vor dem Krieg waren. In Stadt und Land bewundern wir die technischen modernen Einrichtungen, müssen aber schließlich mit Schrecken feststellen, daß es am Wichtigsten fehlt, an dem verwendungsbereiten, langfristigen Risikokapital, an Erübrigungen, die aus Konsumaufschub entstanden sind, um frei verfügbar als dritte Kraft neben Arbeit und Boden in den Dienst der Produktion gestellt zu werden.

Inwieweit hat die Landwirtschaft Schuld an den ernstesten Gefahren, die uns bedrohen, an der Inflation einerseits, an der Verstopfung der Investitionsquellen andererseits? Es ist richtig, daß inflationistische Preissteigerungen für den täglichen Bedarf, besonders für den Nahrungsbedarf, in höchstem Maße bedenklich sind, weil Inflationsgespräche der Hausfrauen bei ihren täglichen Besorgungen psychologisch Kettenreaktionen auslösen, deren Gefährlichkeit kaum überschätzt werden kann. Man kann jedoch bei objektiver Würdigung der Landwirtschaft keine Schuld geben an der schleichenden Inflation, die uns in der jüngsten Zeit immer größere Sorge macht. In dem jüngsten Bericht des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung heißt es wörtlich: „Der Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise erhöhte sich — hauptsächlich saisonbedingt — im vierten Quartal um nicht ganz 1 %. . . . Die Preiserhöhung hat sich gegenüber dem Vorjahr von September bis Dezember von fast 8 % auf 3,5 % vermindert.“ — Ich glaube nicht, daß man der Landwirtschaft den Vorwurf machen kann, daß sie einen erheblichen Teil der Mitschuld an den Preissteigerungen trägt. Eher kann man ihr vorwerfen, daß sie zu viel investiert habe.

Ich wies schon auf die Gefahr hin, daß sie über ihre Verhältnisse hinaus technisiert habe. Noch bedenklicher aber scheint mir, daß für Neubauten mehr langfristiges Kapital investiert wurde, als volks- und betriebswirtschaftlich zuträglich ist. Ich sah in der vorigen Woche am Fernsehapparat ein Bauernhaus, das ausdrücklich als Typ des neuzeitlichen Bauernhauses vorgeführt wurde. Es war in jeder Hinsicht prächtig anzuschauen. Aber es kostete 70 000 Mark, und der größte Teil dieser Aufwendung war durch Subvention und durch Kredit beschafft worden. Ich hatte zufällig kurz vorher einen Ausschuß zu leiten, der sich mit der Beschaffung von Wohnungen für Minderbemittelte in der Stadt beschäftigte. Dabei wurde uns wahrhaft erschütterndes Material vorgelegt, aus dem sich ergab, daß auch wohlbezahlte Arbeiter mit ihren Familien menschenunwürdig untergebracht waren, weil sie nicht in der Lage waren, etliche tausend Mark aufzubringen, die heute neben einer verhältnismäßig hohen Miete erforderlich sind, um sich in der Stadt eine einigermaßen befriedigende Wohnung zu sichern. Noch einmal muß warnend darauf hingewiesen werden, daß der Kredit für die Landwirtschaft dann ganz besonders gefährlich ist, wenn er kurzfristig zur Verfügung gestellt wird. In den Jahren vor dem Weltkrieg betrug die Quote des langfristigen Kredits 70 bis 75 %, zur Zeit etwa 50 %. Eine Konsolidierung ist aber kaum möglich, solange der Kapitalmarkt so unergiebig ist wie derzeit. Daher wird man auch warnen müssen vor dem von manchen Sachverständigen verlangten „Investitionsprogramm großen Ausmaßes“ für die Landwirtschaft. Ein derartiges Investitionsprogramm wird auf Sand aufgebaut sein, wenn nicht vorher der Kapitalmarkt in Ordnung gebracht ist, und das wird noch gute Weile haben.

Was kann geschehen? Auf längere Sicht gesehen ist eine kontrollierte Abrüstung für alle Länder, besonders auch für die Sowjetunion, unerläßlich. Weder die Länder der freien Welt noch der Sowjetblock können es sich leisten, gleichzeitig eine unerhört kostspielige Rüstung zu finanzieren und die Lebenshaltung auf das Niveau zu bringen und zu sichern, das neuzeitlichen Ansprüchen entspricht, noch endlich eine dem Fortschritt der Wissenschaft entsprechende Technisierung durchzuführen. Sowjetrußland ist dabei in noch schwierigerer Lage als die freie Welt. Lange Zeit konnte Sowjetrußland es sich leisten zu investieren — zu investieren durch rücksichtsloses Niedrighalten des Lebensstandards und durch Ausbeutung der Satellitenländer mit Einschluß unserer Ostzone. Dieses und jenes ist in Zukunft nicht mehr möglich. Auch die Zwangsarbeit muß zum mindesten gelockert werden. Sowjetrußland muß seinerseits erhebliche Kapitalkaufwendungen machen an China auf Grund vertraglicher Abmachungen und an die Satellitenstaaten, um sie einigermaßen noch im Zaume halten zu

können. Aber wir dürfen auf Grund mancherlei Erfahrung auf die hier vorhandenen Hoffnungen nicht zu viel Gewicht legen. Ebenso müssen wir auf Grund der gemachten Erfahrungen darauf verzichten, durch planwirtschaftliche Preismanipulationen namentlich den bäuerlichen Betrieben anscheinend zu helfen. Sehr lehrreich sind die Erfahrungen, die die Vereinigten Staaten mit ihren Preisstützungen im Interesse der Landwirtschaft gemacht haben. Die für diese Preisstützungen maßgeblich tätige National Planning Association hat anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens im Februar 1956 einen Bericht herausgegeben, in dem es heißt: „Die tatsächliche Wirkung unseres Preisstützungsprogramms hat die normale Verbindung zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Prosperität zerrissen, und unsere gewaltigen Lager bedrohen sogar die zukünftige Stabilität der Landwirtschaft.“ Wollen wir der Landwirtschaft nachhaltige und nicht bloß oberflächliche Hilfe angedeihen lassen, so wird die Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität Grundlage sein müssen für alle Bemühungen. In dem Sinne muß nicht Subventionierung, sondern Sanierung mittels Hilfe zur Selbsthilfe die Lösung sein. Das ist ja auch der Grundgedanke des Grünen Planes. Die Drucksache 2100 des Bundestages könnte eine ähnliche Bedeutung haben wie die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung Anfang des 19. Jahrhunderts, wenn sie sinngemäß und den Zeitumständen angepaßt gehandhabt wird, wobei zu hoffen ist, daß der Grundgedanke durch die Interessenten nicht ähnlich verfälscht wird wie das bei der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung geschah durch die Deklaration vom Jahre 1816, die auf Veranlassung der Großgrundbesitzer die Vernichtung des Bauernstandes in den alten preußischen Provinzen herbeigeführt hat. Wir können auf einen gesunden Wettbewerb nicht verzichten. Wir haben dazu die Marktwirtschaft notwendig. Aber wir dürfen hier wie auch sonst nicht vergessen, daß der Marktmechanismus nicht ein Ziel, sondern nur ein Orientierungsmittel ist, um die einzelnen Betriebe richtig in die Volkswirtschaft einzugliedern. Eine Marktwirtschaft, die politische Preise mit mehr oder minder Zwang durchführen will, wird sich totlaufen, insbesondere dann, wenn diese politischen Preise der volkswirtschaftlichen Produktivität zuwiderlaufen. Die volkswirtschaftliche Produktivität der gesamten Volks- und Weltwirtschaft braucht die Landwirtschaft, weil sie möglichst billiges Kapital braucht für unentbehrliche Investitionen und möglichst hohen Absatz von hochwertigen Erzeugnissen, die immer mehr an die Stelle der Massenerzeugnisse treten. Hilfe für unsere Landwirtschaft ist vollends während der schweren Übergangszeit unentbehrlich. Aber die Allgemeinheit darf dabei nicht überfordert werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe brauchen eine gewisse Sicherung eines angemessenen Ertrages, aber nicht eine Siche-

rung dagegen, daß der Wettbewerb nicht wehtut. Die Natur ist launisch, gute und schlechte Jahre wechseln. Aber die Allgemeinheit kann Fehlschläge in schlechten Jahren nicht auf sich nehmen. Die Versicherungseinrichtungen müssen in der Hinsicht im allgemeinen genügen. Wenn Stützungen erforderlich sind, darf dadurch das allgemeine Preisgefüge nicht gestört oder gar zerstört werden. Man kann kein schönes Wetter dadurch machen, daß man das Barometer, weil es nicht wünschgemäß schönes Wetter zeigt, zum Optiker bringt. Der Zins muß der Knappheit des Kapitals angepaßt werden. Suchen die Politiker durch steuerliche Maßnahmen und Preiskontrollen den Zins allgemein zu drücken, so kann das vorübergehend zu einem Scheinerfolg führen, aber schließlich wird man einsehen müssen, daß man den Teufel durch einen schlimmeren Beelzebub ausgetrieben hat. Derartige Einsichten sprechen nicht unter allen Umständen gegen Zinsverbilligungsaktionen im Interesse der Landwirtschaft. Aber sie weisen auf Grenzen hin, die nicht überschritten werden dürfen, wenn nicht Schlimmes durch noch Schlimmeres ersetzt werden soll.

Die Volkswirtschaft und damit auch die Landwirtschaft dürfen dann, wenn sie Erfolge haben wollen, heute weniger denn je auf die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung verzichten. Sie verbürgt allen Beteiligten mehr Güterarten, weil die natürlichen Gaben sehr verschieden verteilt sind in der Welt, mehr Gütermengen, weil dem Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses besser entgegenearbeitet werden kann, und endlich größere Stabilität des Absatzes, weil Überfülle und Mangel um so besser ausgeglichen werden können, je breiter die Basis ist, auf der dies geschieht. Politisch und wirtschaftlich wäre es schon ein sehr bedeutsamer Erfolg, wenn endlich die europäische Integration aus dem Bereich der Diskussionen zu einer wirklichen Tat würde. Als vor Jahren der Schuman-Plan und damit die Montan-Union verwirklicht wurde, waren alle Sachkundigen darin einig, daß Entscheidendes nur erreicht würde, wenn dies der erste Schritt zu einer umfassenden Integration Europas und einer Eingliederung der europäischen freien Wirtschaft in eine freie Weltwirtschaft sein würde. Man konnte hoffen, daß auf Grund der neuesten Lektion, die uns jenseits des Eisernen Vorhangs erteilt wurde, und mit Rücksicht auf die in allen Ländern sich verschärfenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten man schnell zu einem guten Ergebnis kommen würde. Pläne, die der Belgier Henri Spaak für die Länder der Montan-Union ausgearbeitet hatte, bestärkten diese Hoffnung. Aber das, was uns auf Grund der Brüsseler Beratungen vorgelegt wurde, läuft doch hinaus auf einen Dirigismus, der nicht unbedenklich ist, zumal er, wenn nicht alles täuscht, einer „Anarchie der Organisationen“ Vorschub leistet. Eine Tageszeitung nannte den Brüsseler Vertrag ein Meisterstück der

Jurisprudenz. Ein volkswirtschaftliches Meisterstück wäre uns viel lieber. Aber davon kann keine Rede sein. Es bleibt auf Grund der neuesten Entwicklung immerhin die Hoffnung, daß abseits der Montan-Union, aber in enger Fühlungnahme mit dieser, Großbritannien entdeckt hat, wie sehr es doch im Grunde genommen mit Europa verbunden ist, ohne daß es dadurch die Vorteile des Commonwealth aufzugeben braucht. Es ist bereit, an einer Freihandelszone mitzuwirken, die nach außen zwar die autonomen Zolltarife beibehält im Gegensatz zu der Zollunion des Gemeinsamen Marktes, bei der ein gemeinsamer Außentarif aufgestellt wird. Es ist zu hoffen, daß die Idee der Freihandelszone sich stärker auswirkt als die Vorschläge, die den Gemeinsamen Markt verwirklichen sollen. Wiederum ist es der französische Nationalegoismus und die damit verbundene weltwirtschaftliche Unklugheit, die ähnlich wie vor der großen Weltwirtschaftskrise eine Rettung erschwerten. Damals bot der Hoover-Plan durch sein Moratorium und die in Aussicht gestellten Subventionen Rettung im letzten Augenblick. Frankreichs Schuld war es, daß dieser Rettungsanker nicht rechtzeitig Grund fassen konnte. Auch diesmal kann die Furcht nicht ganz aus dem Wege geräumt werden, daß die maßgebenden Männer in Frankreich mehr Rücksicht nehmen müssen darauf, im Parlament eine Mehrheit von Interessenten für sich zu gewinnen, als kühn und tatkräftig die europäische Integration, wenn auch mit klug eingebauten Übergangsbestimmungen, die insbesondere für die Landwirtschaft unerlässlich sind, zu verwirklichen.

Schaut man unbefangen das an, was geschehen kann und was nicht geschehen darf, so wird man schon zu dem Ergebnis kommen müssen, daß am meisten agrarpolitische Erfolge versprechen die beiden Grundsäulen auch des bisherigen landwirtschaftlichen Erfolges, die Schulung und die genossenschaftliche Hilfe, wobei sich von selbst versteht, daß die Genossenschaften keine kartellähnlichen Machtpositionen anstreben dürfen. Ihre Bemühungen um genossenschaftliche Monopolstellungen endeten stets mit einem Mißerfolg. Die Landwirtschaft hat allen Anlaß, monopolistische Bindungen überall, wo sie entstehen, grundsätzlich zu bekämpfen und nicht, wie von Dietze sich gelegentlich ausdrückte, „auf einen Schelm eineinhalb zu setzen“.

Der Bauer, der glaubt, so wirtschaften zu können wie der Vater und der Großvater und der Urgroßvater, mißverstehen den Sinn bäuerlicher Tradition. Er hat deshalb innerhalb der neuzeitlichen Volkswirtschaft kaum noch eine Existenzberechtigung. Er muß den Weg zum besseren Wirt freigeben. Der Bauer von heute muß Unternehmer sein. Er muß Verständnis haben für die neuen großen Möglichkeiten des landwirtschaftlichen Betriebs und die Kraft und Umsicht besitzen, sie sich zunutze zu machen. Dazu braucht er Verständnis für

die kleinen und die großen Zusammenhänge, so wie sie die Betriebswirtschaftslehre, die Volkswirtschaftslehre, die Soziologie vermitteln. Dabei wird er insofern aber der alten Tradition treu bleiben, als er Sinn hat für die Verpflichtungen, die ihm durch die Verbindung seiner Arbeit mit dem Bodeneigentum aufgelegt werden. Er wird Zeugnis dafür ablegen, daß die Arbeit nicht bloß eine verfluchte Pflicht ist, um den Lebensstandard zu sichern und zu heben, sondern daß es auch ein Leben in der Arbeit gibt, daß das Leben wirklich köstlich war, wenn es Mühe und Arbeit gewesen ist. So aufgefaßt, können die bäuerlichen Betriebe, auch wenn die bäuerliche Bevölkerung, die von 40 Prozent im Jahre 1900 auf derzeit 14 Prozent zurückgegangen ist, noch weiter auf 10 Prozent sinken sollte, Oasen in der modernen, so ganz und gar auf das Materielle eingestellten Volkswirtschaft werden. Man spricht gern von der Majestät des Verbrauchers, dem die ganze Volkswirtschaft dienstbar gemacht werden müsse. Es gibt auch eine Majestät des Produzenten, und das Paradigma dafür ist der Bauer, auch die Bauersfrau insbesondere, wenn sie Fortschritt mit der Tradition verbinden.